

Soli-Diskussion schon wieder nicht im Bundestag!



Den Soli sollte der Bund schleunigst abschaffen und somit die Menschen entlasten. Dank der hohen Mehreinnahmen ist das jetzt auch finanzierbar.

Der Bund der Steuerzahler fordert den sofortigen Einstieg in den Soli-Ausstieg für alle Steuerzahler noch in dieser Legislaturperiode – der Soli muß weg!

Anders sehen dies offenbar einige Fachpolitiker im Finanzausschuß. Ein Antrag sowie ein Gesetzentwurf auf Abschaffung des Solidaritätszuschlags aus den Reihen der Opposition wurde erneut von der Tagesordnung genommen, sodaß es jetzt nur einen Bericht über den Stand der Beratungen im Bundestag gibt.

Das ist fragwürdig. Denn auch Union und SPD hatten im Koalitionsvertrag vereinbart, den Soli zumindest für einen Teil der Soli-Zahler abzuschaffen. Jetzt ringen sich Union und SPD nicht einmal dazu durch, über den Oppositionsantrag bzw. Gesetzentwurf zu diskutieren.

Womöglich will die Koalition damit eine Debatte im Bundestag über die unbeliebte Ergänzungsabgabe vor der Landtagswahl in Bayern an diesem Sonntag **verhindern**

...

Die Politik hatte den Solidaritätszuschlag immer mit den Finanzhilfen für die neuen Bundesländer verknüpft (Solidarpakt II). Diese laufen Ende 2019 aus, sodaß der Soli ab dem Jahr 2020 **nicht mehr erhoben werden dürfte**.

Die Politik muß ihr Wort halten! Es ist **eine Frage der Glaubwürdigkeit**, den Soli jetzt für alle Bürger und Betriebe abzuschaffen.

Auch juristisch steht die Ergänzungsabgabe unter Druck. Viele Experten halten die dauerhafte Erhebung inzwischen für **verfassungswidrig**. Deshalb begleitet der Bund der Steuerzahler seit dem Jahr 2009 die Musterklage eines Steuerzahlers aus Niedersachsen, die inzwischen vor dem Bundesverfassungsgericht liegt...